


Niederschrift der Sondersitzung des Stadtrates am 28.02.2024

Sitzungsort:	Rathaus, Raum 225, Ratssitzungssaal, Fischmarkt 1, 99084 Erfurt
Beginn:	19:35 Uhr
Ende:	20:19 Uhr
Anwesende Mitglieder des Ausschusses:	Siehe Anwesenheitsliste
Abwesende Mitglieder des Ausschusses:	Siehe Anwesenheitsliste
Stadtratsvorsitzender:	Herr Panse
Schriftführer/in:	

Tagesordnung:

I.	Öffentlicher Teil	Drucksachen- Nummer
1.	Eröffnung durch den Oberbürgermeister	
2.	Änderungen zur Tagesordnung	
3.	Behandlung von dringlichen Entscheidungsvorlagen	
4.	Entscheidungsvorlagen	
4.1.	Neugründung des Gymnasiums 11 - Ergänzung zum StR- Beschluss zur DS 1657/23 zur Fortschreibung des Schul- netzplans Einr.: Oberbürgermeister	2867/23
4.1.1.	Antrag der Fraktion CDU und Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN zur Drucksache 2867/23 - Neugründung des Gymnasiums 11 - Ergänzung zum StR-Beschluss zur DS 1657/23 zur Fortschreibung des Schulnetzplans	0418/24

5. Informationen

I. Öffentlicher Teil

**Drucksachen-
Nummer**

1. Eröffnung durch den Oberbürgermeister

Der Oberbürgermeister, Herr Bausewein, eröffnete die Sondersitzung des Erfurter Stadtrates und begrüßte alle anwesenden Stadtratsmitglieder, Beigeordneten, Ortsteilbürgermeisterinnen und Ortsteilbürgermeister, die Vertreterinnen und Vertreter der Medien, die anwesenden Gäste sowie alle Zuschauenden am Livestream.

Der Oberbürgermeister übergab die Sitzungsleitung an den Vorsitzenden des Stadtrates, Herrn Panse.

Der Stadtratsvorsitzende erklärte, dass gemäß § 3 Abs. 4 der Geschäftsordnung die Aufzeichnung der Stadtratssitzung und die entsprechende Speicherung der Daten bis zur nächstfolgenden Stadtratssitzung durch die Mediengruppe Thüringen bzw. durch den durch sie beauftragten technischen Dienstleister erfolge. Ebenso werde die Stadtratssitzung via Livestream auf der entsprechenden Webpräsenz ausgestrahlt. Zu Sitzungsbeginn lag kein schriftlicher Widerspruch gegen die Aufzeichnung von Redebeiträgen von Stadtratsmitgliedern oder geladenen Dritten vor. Auf Nachfrage des Stadtratsvorsitzenden wurde ein derartiger Widerspruch auch mündlich nicht angezeigt.

Der Stadtratsvorsitzende wies darauf hin, dass die Liste der grundsätzlich genehmigten im Bereich Medien tätigen Personen, gemäß § 19 Abs. 8 der Geschäftsordnung, in den Fraktionsgeschäftsstellen sowie in den Diensträumen der Abteilung Presse- und Öffentlichkeitsarbeit zur Einsichtnahme für die Sitzungsteilnehmenden ausläge.

Der Stadtratsvorsitzende stellte die form- und fristgerechte Ladung, gemäß § 35 Abs. 2 Thüringer Kommunalordnung (ThürKO), fest. Hiergegen erhob sich kein Widerspruch; Ladungsmängel wurden nicht geltend gemacht. Ferner stellte er die Beschlussfähigkeit des Gremiums nach § 36 Abs. 1 ThürKO fest. Zum Zeitpunkt der Sitzungseröffnung waren 43 stimmberechtigte Mitglieder des Stadtrates anwesend.

Anschließend sprach er den Angehörigen des Personenkreises, welche seit der letzten Stadtratssitzung ihren Geburtstag begehen konnten, die Glückwünsche im Namen des Stadtrates aus.

2. **Änderungen zur Tagesordnung**

Der Stadtratsvorsitzende, Herr Panse, stellte keine Änderungen und keinen Widerspruch zur Tagesordnung fest.

3. **Behandlung von dringlichen Entscheidungsvorlagen**

Dringliche Entscheidungsvorlagen lagen keine vor.

4. **Entscheidungsvorlagen**

4.1. **Neugründung des Gymnasiums 11 - Ergänzung zum StR- 2867/23 Beschluss zur DS 1657/23 zur Fortschreibung des Schul- netzplans Einr.: Oberbürgermeister**

Der Stadtratsvorsitzende, Herr Panse, rief die Tagesordnungspunkte 4.1. und 4.1.1. zur gemeinsamen Beratung auf.

Er teilte mit, dass der Leiter des Staatlichen Schulamtes Mittelthüringen auch, wie in der zuvor stattgefundenen Sondersitzung des Ausschusses für Bildung und Kultur, für die Sondersitzung des Stadtrates eingeladen wurde, jedoch nicht mehr anwesend sei.

In der vorher stattgefundenen Sondersitzung des Ausschusses für Bildung und Kultur wurde der Antrag der Fraktionen CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drucksache 0418/24), nach Zustimmung der einreichenden Fraktionen, in der Fassung der Stellungnahme der Verwaltung, mit sieben Stimmen dafür, einer Nein-Stimme und drei Enthaltungen bestätigt. Die Abstimmung über die Ursprungsdrucksache war somit obsolet, informierte Herr Panse die Stadtratsmitglieder.

Im Namen der einreichenden Fraktionen der Drucksache 0418/24, bestätigte Herr Hose, Vorsitzender der Fraktion CDU, dass die Abstimmung in der Fassung der Stellungnahme der Verwaltung erfolgen kann. Weiter machte er u. a. aufmerksam auf die Ausführungen zu den wiederkehrenden Problemen eines jeden Schuljahres; bedankte sich bei den Miteinreichern der Drucksache 0418/24, den Eltern, den Schülern sowie den Pädagogen für ihr Verständnis und ihre Geduld; äußerte sich zur Notwendigkeit der Bereitstellung von ausreichend Schulplätzen; schätzte ein, dass die gefundene Lösung, auch keine perfekte Lösung sei; verdeutlichte die Perspektive der Huttenschule und ging auf die Notwendigkeit einer vielfältigen Bildung ein.

Die Abwesenheit des Leiters der Staatlichen Schulamtes Mittelthüringen zur Sondersitzung des Stadtrates kritisierte Herr Maicher, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Er bedankte sich bei allen Eltern, Schülern und Pädagogen, die für die Schule gekämpft haben.

Seiner Einschätzung nach, zeige sich ein massives Transparenzproblem, welches er weiter darlegte. Er verwies weiter auf die diversen Stellungnahmen der Verwaltung im Prozess und zitierte aus der heutigen Stellungnahme der Verwaltung und dessen Vorschlag zur Änderung des/der Beschlusspunkte. Er hinterfragte das Handeln der Verwaltung und das "kopfloste Handeln des Oberbürgermeisters." Er sei fassungslos. Er sei gespannt auf die Fortschreibung des Schulnetzplanes für das Schuljahr 2026/27. Er sprach sich für die Abstimmung in Fassung der Stellungnahme der Verwaltung zur Drucksache 0418/24 aus.

An die Vorredner richtete Frau Landherr, Fraktion DIE LINKE, die Feststellung, dies sei mehr als nur Wahlkampf. Es seien vermutlich Fehler gemacht worden in den letzten Jahren, aber beim Umfang der Aufgaben, sei dies wohl auch nicht anders zu packen gewesen. Dies sei ein zäher Prozess. Heute liege eine Notlösung vor. Die Entscheidung finde in Abstimmung mit den bildungspolitischen Sprechern der Fraktionen statt. Sie bat weiter keine Vorurteile gegenüber den neuen Schülern zu haben. In die Zukunft blickend, sei vielleicht nach zwei Jahren, eine Gemeinschaftsschule ein favorisiertes Modell, deshalb sollte man weiter im Gespräch bleiben.

Frau Dr. Faber-Steinfeld, Fraktion SPD, begrüßte die Worte der Vorrednerin und teilte u. a. mit, dass ihr "der Zwischenschritt dieser Entscheidung nicht gefällt." Weiter äußerte sie sich u. a. zur Notwendigkeit der weiteren Befassung des neuen Stadtrates und gab einen Rückblick auf die Vorschläge der Fraktion und die fehlenden Mehrheiten im beschließenden Stadtrat in der zurückliegenden Zeit. Aus heutiger Sicht sei zu konstatieren, dass man weitere Zeit verloren hat. Die Vergangenheit sei nicht zu ändern, dem vorliegenden Kompromissvorschlag fände die Zustimmung, auch im Hinblick auf die Perspektive der Schulen.

Beides sei aus Sicht von Herrn Möller, Vorsitzender der Fraktion AfD, nicht nachvollziehbar. Er verwies u. a. auf das 2019 aufgestellte Wahlprogramm (20 % Zuwachs durch Migrationsbewegung), den Sanierungsstau, den Neubau von Schulgebäuden, die Verunsicherung durch die Stadtverwaltung, die fehlende Einbeziehung der Eltern, die überschrittenen Grenzen, die Konflikte in den Schulen sowie die Folgen durch die Entscheidungen in der Landespolitik einschließlich deren Bürokratie.

Die Frage von Herrn Städter, Vorsitzender der Fraktion Freie Wähler/FDP/PIRATEN, zu Konsequenzen bei fehlenden Einvernehmen schlug Herr Möller vor, dies bilateral mit ihm klären zu wollen.

Der Stadtratsvorsitzende stellte keine weiteren Redebeiträge fest. Er rief den Antrag der Fraktion CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drucksache 0418/24) in Fassung der Stellungnahme der Verwaltung zur Abstimmung:

mit o. g. Änderungen beschlossen Ja 38 Nein 7 Enthaltung 0 Befangen 0.

Somit entfällt die Abstimmung zur ursprünglichen Drucksache.

Beschluss

01

Der BP 01 der Drucksache 1657/23 wird aufgehoben.

02

Der Schulnetzplan 2019/20 bis 2023/24 (Drucksache 0351/19) wird gemäß Anlage 1¹ in Teil II um das Kapitel Fortschreibung des laufenden Schulnetzplanes für die Schuljahre 2024/2025 bis 2026/2027 erweitert.

03

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, einen Alternativstandort für eine der beiden Dienststellen spätestens zum Schuljahr 2026/27 zu finden, mit dem Ziel, dass das Gymnasium 11 bis zu seinem Umzug zum Schuljahr 2029/2030 an die Greifswalder Str. dort verbleiben kann.

04

Der Oberbürgermeister berichtet dem zuständigen Ausschuss einmal im Quartal über die Fortschritte bei der Suche nach neuen räumlichen Kapazitäten für das Gymnasium 11.

4.1.1. Antrag der Fraktion CDU und Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE 0418/24
 GRÜNEN zur Drucksache 2867/23 - Neugründung des
 Gymnasiums 11 - Ergänzung zum StR-Beschluss zur DS
 1657/23 zur Fortschreibung des Schulnetzplans

siehe Tagesordnungspunkt 4.1.

bestätigt

5. Informationen

Ein Informationsbedarf in der Sondersitzung bestand nicht, sodass der Stadtratsvorsitzende, Herr Panse, die Beratung beendete.

gez. Panse
Stadtratsvorsitzender

gez. 
Schriftführer/in

¹ Redaktionelle Anmerkung: Die Anlage 1 des Beschlusses ist als Anlage 1 der Niederschrift beige-fügt.

